

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Abend-Zeitung. 1949-1951 1950**

180 (5.8.1950)

# AZ BADISCHE ABEND-ZEITUNG

Schriftleitung, Verlag und Vertrieb: Karlsruhe, Waldstraße 28, Telefon 7159-53. Bankkonten: Badische Bank, Karlsruhe; Badische Kommunale Landesbank, Karlsruhe; Südwestbank, Karlsruhe; Städt. Sparkasse, Karlsruhe. Postscheck: Verlag AZ Badische Abendzeitung, Karlsruhe, Nr. 19 800.

HEIMATZEITUNG  
FÜR STADT UND LAND

Erscheint täglich außer Sonntags. Erfüllungsort: Karlsruhe. Monatsbezugpreis 2.- DM zuzüglich 40 Pfennig Trägergebühr bei Zustellung ins Haus bzw. 54 Pfennig bei Postzustellung. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen. Anzeigengrundpreis: Die 12gespaltene Millimeterzeile 25 Pfennig.

2. Jahrgang / Nummer 180

Karlsruhe, Samstag, den 5. August 1950

Einzelpreis 15 Pfg.

## DGB droht mit scharfen Kampfmitteln

Dritte Industriegewerkschaft kündigt Tarife - Warnstreiks gehen weiter - Proteste gegen Wortbruch Adenauers

Düsseldorf (dpa). Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung hat gestern ihre bisher bestehenden Tarifabkommen gekündigt. Damit hat nunmehr die dritte Industriegewerkschaft im Bundesgebiet ihren Protest gegen die erhöhten Preise und die sozialfeindliche Politik der Bundesregierung ausgedrückt. Wie wir bereits meldeten, war die Kündigung der Tarifabkommen von der Industriegewerkschaft Bau und Erden und von der Industriegewerkschaft Chemie, Papier und Keramik vorausgegangen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund in Düsseldorf teilte gestern mit, daß die Kündigung der Tarife durch die Gewerkschaft Textil und Bekleidung mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt. Es sollen Verhandlungen eingeleitet werden, um die Löhne und Gehälter den erhöhten Preisen anzupassen. Falls diese Verhandlungen scheitern, sollen gegebenenfalls scharfe gewerkschaftliche Kampfmittel angewendet werden.

Die Protestdemonstrationen, die seit Tagen örtlich im Bundesgebiet aufflackern, sind in verstärktem Maße fortgeführt worden. Etwa 5000 Arbeiter aus Erlanger Betrieben traten gestern morgen in einen einseinhalbstündigen Proteststreik gegen die Preisentwicklung. Während einer Protestkundgebung auf dem Erlanger Marktplatz wurde die Fortsetzung der Subventionspolitik gefordert. In einer Entschließung erklärten die Versammelten, daß die Werktätigen, die Erwerbslosen, die Sozialrentner, Heimatvertriebenen und Heimkehrer kein Vertrauen mehr zu einer Regierung haben könnten, an deren Spitze ein wortbrüchiger Kanzler stehe. Dem Gefühl der Werktätigen verliehen mehrere Sprecher Ausdruck, indem sie feststellten, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer erwiesenermaßen zweimal fest versichert habe, der Brotpreis werde nicht ansteigen, während er später die Brotpreiserhöhung sanktionierte.

Proteststreik in Remscheidt

In Remscheidt legten die Arbeitnehmer aus Protest gegen die Preissteigerungen ihre Arbeit für zwei Stunden nieder. Dem Aufruf der Gewerkschaften sollen hier alle Werkstät-

gen ohne Ausnahme gefolgt sein. In einer Entschließung wurden „unverzügliche Maßnahmen gefordert, um die Verschlechterung der Lebenshaltung breiter Bevölkerungsschichten zu verhindern“.

Düsseldorf beschließt Warnstreik

Auf einer Gewerkschaftskonferenz Düsseldorf Delegierter wurde beschlossen, am kommenden Donnerstag einen letzten Warnstreik anzusetzen. Der Ausstand soll sich gleichfalls gegen die Politik der Preiserhöhungen von Bonn richten. Gleichzeitig sollen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen stärker betont und vorangetrieben werden.

Mainzer Bauarbeiter protestieren

In Mainz legten über 2500 Bauarbeiter aus Protest gegen die Preisentwicklung, die unter der Regierung der Rechtskoalition eingetret-



Der Sommerschlußverkauf hat trotz seines riesigen Zustroms nicht alle Hamsterer von ihren Lebensmittelaufkäufen abhalten können. Ein Frankfurter Händler gibt deshalb unmißverständlich seiner Meinung Ausdruck, daß er Neulieferungen für „Normalverbraucher“ und nicht für Hamsterer erwartet.



### Atlantikpaktstaaten sollen Truppen erhöhen

London (dpa). Der gegenwärtige in London tagende Exekutiv Ausschuss der Atlantikpaktmächte gab gestern bekannt, daß er allen Paktstaaten empfehlen werde, ihre Streitkräfte für eine gemeinsame Verteidigung zu erhöhen. Außerdem soll ein Programm zur Beschleunigung der Produktion „gewisser wichtiger Waffen“ ausgearbeitet werden. Die Frage der Finanzierung dieser Pläne bleibt noch offen.

Im Rahmen der europäischen Verteidigungsvorbereitungen billigte das französische Kabinett gestern auf einer Sondersitzung ein Memorandum über die Rüstungsanstrengungen, die von Frankreich vorgesehen sind. Das Memorandum ist an die amerikanische Regierung gerichtet.

### Moch: Abwehr zwischen Rhein und Elbe

Warnung an die fünfte Kolonne - „Neutralität ist verbotlich“

Paris (dpa). Die militärische Abwehr eines aus dem Osten kommenden Angriffes werde nicht erst in der „Festung Bretagne“ oder gar an den Pyrenäen beginnen, sondern im Raum zwischen Elbe und Rhein, erklärte am Donnerstagabend der französische Verteidigungsminister Jules Moch im Rat der Republik. Zur Zeit fänden zahlreiche Verhandlungen statt, um in diesem Raum eine „ausreichende Verfügungsmacht“ aufzubauen.

„Unsere Alliierten müssen verstehen“, erklärte Moch weiter, „daß, wenn wir ein Höchstmaß an Anstrengungen machen sollen, sie das gleiche tun müssen. Es kann nicht eine französische Infanterie, eine englische Flotte und eine amerikanische Luftwaffe geben. Jedes der drei Länder muß an jeder der drei Waffen beteiligt sein.“

Vor den Senatoren wiederholte der Verteidigungsminister erneut seine bereits vor den Abgeordneten gemachte Kampfansage gegen die fünfte Kolonne im inneren Frankreichs. „Der Kommunismus muß bei uns verschwinden.“ In allen Ländern Westeuropas bis auf Frankreich und Italien habe der Kommunismus seit Kriegsende den größten Teil seiner Anhängerschaft verloren.

Verbrechen gegen die französische Nation würden mit der ganzen Härte des Gesetzes geahndet werden. Das bedeute aber nicht, daß irgend jemand seiner Gesinnung und seiner politischen Anschauungen wegen verfolgt werden würde. Die Rolle scheinbarer Märtyrer würde der kommunistischen Propaganda nur dienlich sein.

Moch, der jede Neutralität als „verbrecherisch“ bezeichnete, erklärte: „Es kostet weniger, einer Aggression vorzubeugen, als den

Aggressor später zurückzuschlagen.“ Der französische Verteidigungsminister sagte, er könne keine Zahlenangaben über die Stärke der alliierten Besatzungstruppen in Westdeutschland machen. Jedenfalls seien sie nicht ausreichend, um Frankreichs Grenzen zu verteidigen.

### Auflebende Kampftätigkeit in Korea

Starke kommunistische Einheiten im Anmarsch

Tokio (dpa). Im Mittelabschnitt der koreanischen Front haben in der Nacht zum Samstag heftige Kämpfe begonnen. Die UNO-Truppen haben am Nakdong-Fluß neue Stellungen bezogen, die unbedingt gehalten und den Vormarsch der Kommunisten auf Taiku verhindert werden sollen. Im Süden und Norden der Front waren die Kämpfe bereits im Verlaufe des Freitags aufgeleitet. Die Kommunisten transportieren zur Zeit starke Truppenkontingente nach Süden. Der amerikanische Geheimdienst vermutet, daß es sich dabei um Koreaner handelt, die bereits auf selten Rotchinas als geschlossene Einheiten gekämpft haben. Im Gebiet von Masan sind zwei höhere nordkorea-

nische Offiziere und eine General gefangen genommen worden.

Auf Grund der Bitte der UNO, Truppen zum Kampf gegen die kommunistischen Angreifer zur Verfügung zu stellen, hat die südafrikanische Regierung beschlossen, Jagdflugzeuge nach Südkorea zu entsenden. Panama will der UNO eine Freiwilligentruppe und die Benutzung seiner großen Handelsflotte anbieten.

Präsident Truman forderte gestern vom amerikanischen Kongreß zusätzlich 950 Millionen Dollar für den Ausbau der amerikanischen Marine-Luftstreitkräfte und 1,155 Milliarden Dollar für den Ausbau der allgemeinen Verteidigung.

Als erste Rate der amerikanischen Waffenlieferung für Nationalchina sind gestern sechs Düsenjäger mit Besatzung in Formosa eingetroffen. 20 weitere Düsenjäger sollen in Kürze folgen. Gleichzeitig wurde in Taipeh ein amerikanischer Verbindungstab eingerichtet, der von MacArthurs Stabschef geleitet wird.

### Aus aller Welt

Washington. Präsident Truman wandte sich gestern auf einer Pressekonferenz gegen Angriffe, die gegen Außenminister Acheson und Verteidigungsminister Johnson gerichtet worden sind. / Rom. Der kommunistisch beherrschte allgemeine italienische Gewerkschaftsverband hat als Protest gegen die drohende Entlassung von Arbeitern in der Provinz Novara einen Generalstreik ausgerufen. / Washington. Der amerikanische Senat lehnte gestern eine Kürzung der Marshallplanhilfe für das laufende Finanzjahr ab. / Rom. Italien wünscht als eines der ersten Länder im Rahmen des neuen britischen Rüstungsprogramms Waffen aus Großbritannien zu erhalten.

### Sicherheitsrat erneut ohne Beschluß

New York (dpa). Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertrat sich gestern auf Dienstag, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben. Die gestrige Sitzung erschöpfte sich in einer langatmigen Debatte über die Frage einer eventuellen Einladung koreanischer Vertreter.

Der russische Vorsitzende Malik hatte zur Lösung des Korea-Konfliktes einen Feuer-Einstellungsbefehl und den Rückzug aller ausländischen Truppen vorgeschlagen. Die Einladung eines nordkoreanischen Vertreters lehnte der amerikanische Delegierte Austin mit der Begründung ab, daß Nordkorea die Zusammenarbeit mit der UN-Korea-Kommission verweigert habe.

### Konferierten Sudetendeutsche mit CSR-Nationalrat?

Wiesbaden (dpa). Der Leiter des tschechischen Nationalrates in London, General Prchal, soll, so meldet dpa, in diesen Tagen in Wiesbaden mit führenden sudetendeutschen Vertretern Besprechungen geführt haben. Dabei sei völlige Übereinstimmung über die Wiedergutmachung an den Ausgewiesenen und die Notwendigkeit einer neuen politischen Ordnung im böhmisch-mährischen Raum erzielt worden.

### Schweres Erdbeben in Venezuela

Caracas (dpa). Ein schweres Erdbeben suchte gestern den Nordwestteil Venezuelas heim. Die Stadt Tocuyo soll größtenteils zerstört sein. Die Zahl der Toten in Tocuyo wird in den ersten Berichten mit 100 angegeben.

Die Zahl der Opfer in den anderen Städten und Dörfern des heimgesuchten Gebietes ist noch nicht abzusehen. In ganz Venezuela werden schleunigst Rettungsmannschaften zusammengestellt.

### Groß-Hamsterer reingefallen

Detmold (dpa). In einigen Geschäften in und um Detmold bieten Zuckerhamsterer ihre und um Detmold bieten Zuckerhamsterer ihre erst so begierig erworbene Ware jetzt zu niedrigen Preisen an, weil sich Ameisen darin eingenistet haben. Da dem Groß- und Einzelhandel bekannt ist, daß durch die Einfuhr von Kubazucker Mitte dieses Monats der Engpaß in der Zuckerversorgung überwunden wird, finden die Hamsterer keinen Abnehmer für ihre Ware.

### „Waffenübernahme“ vielfach abgelehnt

Bewaffnung der Arbeitseinheiten fand schlechtes Echo in Deutschland

Bonn (dpa). Eine große Anzahl der in den Arbeitseinheiten der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht tätigen deutschen Personen hat die Übernahme von Waffen abgelehnt. Dies wird von Bonner Regierungsstellen gemeldet. Die Besatzungsmächte hatten, wie wir bereits gestern meldeten, bekanntlich verfügt, deutsche Arbeitseinheiten aufzustellen und sie mit leichten Waffen auszurüsten.

Bonner Politiker erklären dazu offen, daß die Aufstellung solcher Einheiten und ihre Bewaffnung mit Karabinern praktisch eine Wiederbewaffnung deutscher Staatsangehöriger bedeute. Nach dem Grundgesetz dürfe aber niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.

Dabei wird von Bonner Dienststellen plötzlich außerordentlich stark herausgestellt, daß

Bundeskanzler Dr. Adenauer eine Remilitarisierung Deutschlands wiederholt abgelehnt habe. Der Kanzler habe lediglich, so formuliert man vorsichtig, in einigen Interviews angedeutet, daß es möglich sein könnte, ein deutsches Truppenkontingent innerhalb einer europäischen Wehrmacht aufzustellen. Die Arbeitseinheiten, so argumentiert man, seien jedoch eine Söldnertruppe unter fremdem Kommando, die abgelehnt werden müsse.

Der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Olenhauer, bedauerte die Teilbewaffnung der Industriepolizei. Außerdem sei ihr kein praktischer Wert beizumessen, sagte er, die SPD lehne jede Remilitarisierung nicht nur auf Grund ihrer pazifistischen Einstellung, sondern auch durch ihre gründliche Betrachtung der realen Lage ab. Die Maßnahme der alliierten Stellen bringe nur Nachteile. Solche Schritte dürften keinesfalls ohne Rücksprache mit deutschen Stellen unternommen werden.

Der Wille des Volkes

W. L. Den Volkswillen in einer demokratischen Abstimmung zu ermitteln, ist nur bei großer Vereinfachung der Fragestellungen möglich.

Träger des Volkswillens sind in einer demokratischen Gesellschaft die Parteien. Man mag noch so sehr viel Unzulänglichkeit an ihnen feststellen — man wird ohne sie nicht auskommen können.

In Württemberg-Baden waren die Bemühungen, das bisherige Wahlsystem zu modifizieren, vergebens. Da die Verfassung das Verhältniswahlrecht vorschreibt, bedurfte jede Änderung einer qualifizierten Mehrheit im Landtag.

Der Innenminister schlug nun, um den Wählern wenigstens die Möglichkeit zu geben, sich unter einer Reihe von Kandidaten einer Partei den ihnen passendsten auszuwählen, ein Auswahlsverfahren vor.

So war offenbar die Struktur dieser Partei die Ursache dafür, daß jede Änderung des Wahlsystems verhindert wurde.

An diesem Beispiel zeigt sich — wenn unsere Vermutungen richtig sind, und wir haben kein Anlaß, daran zu zweifeln —, daß konfessionelle Bindungen einer politischen Partei nicht immer von Vorteil sind.

Straßburg (dpa). Die Beratende Vollversammlung des Europarates wird am Montag zu ihrer zweiten Tagung, zum ersten Male unter Beteiligung deutscher und saarländischer Delegierter, zusammentreten.

FDP fordert Arnold zum Rücktritt auf

Düsseldorf (dpa). Vor Antritt seiner Parlamentsferien erlebte der Landtag von Nordrhein-Westfalen am Freitag noch eine spannende Episode, als der FDP-Abg. Dr. Ernst Achenbach Ministerpräsident Arnold für seine Fraktion offiziell aufforderte, zurückzutreten.

Achenbach sagte, Arnold hätte sehr wohl am vergangenen Dienstag ein vollständiges Kabinettt vorstellen können, wenn er es nur gewollt hätte.

In einer kurzen Erklärung wies Arnold den Vorwurf Achenbachs als „sachlich und moralisch ungerechtfertigt“ zurück.

In der Debatte, die den Ausführungen Dr. Achenbachs vorausging, hatten die Parteien zur allgemeinen politischen Situation und zur Regierungsbildung Stellung genommen.

Empfehlung an alle Mitgliederstaaten, einen Minister für europäische Angelegenheiten zu ernennen.

Die 18 deutschen Europa-Parlamentarier und ihre Stellvertreter werden sich morgen zu ihrer ersten Vorbesprechung in Straßburg zusammenfinden.

Der Zentrumsfraktionsvorsitzende Johannes Brockmann sprach Arnold das uneingeschränkte Vertrauen seiner Fraktion aus.

Für die FDP-Fraktion forderte Dr. Middelhauve eine Koalition, die die Bundesregierung loyal und vorbehaltlos unterstützt.

Das Plenum hob ferner die Immunität des KPD-Vorsitzenden und Landtagsabgeordneten Max Reimann auf.

Das Sekretariat des Bundeskanzlers beachtet in Kürze eine Stübblütensammlung von SED-Entscheidungen zu veröffentlichen.

SED-Entscheidung ging schief

Bonn (dpa). Betriebe der Sowjetzone haben in Telegrammen bei Bundeskanzler Dr. Adenauer wegen der Aufhebung der Immunität des KPD-Chefs Max Reimann protestiert.

rückgehaltenen Kriegsgefangenen vor diesem internationalen Forum zur Diskussion bringen.

Der Sozialausschuß der Beratenden Versammlung des Europarates hat ein Gutachten zu den Wohnverhältnissen in den elf Mitgliederstaaten ausgearbeitet.

Ollenauer rügt Tendenzmeldungen

Bonn (EB). Zu den Falschmeldungen über die Straßburg-Diäten erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Erich Ollenauer, unserem Korrespondenten, die SPD werde den „möglicherweise an dieser Kampagne beteiligten verantwortlichen Stellen Gelegenheit geben, sich vor dem Bundestag zu verantworten“.

FDP-Antrag gegen Betriebsrätegesetz zurückgewiesen

Wiesbaden (dpa). Der hessische Staatsgerichtshof hat den Antrag der FDP-Fraktion des hessischen Landtages, die Mitbestimmungsartikel des hessischen Betriebsrätegesetzes für rechtsungültig zu erklären, zurückgewiesen.

Der Gerichtshof stellte ausdrücklich fest, daß die Landesregierung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet gewesen sei, daß ordnungsgemäß zustandgekommene Betriebsrätegesetz sobald wie möglich zu verkünden und in Kraft zu setzen.

Flucht westallierter Soldaten

Berlin (dpa). Der Leiter des ostzonalen Informationsamtes, Gerhard Eisler, stellte gestern in einer Pressekonferenz im Berliner Ostsektor zwei fahnenflüchtige Soldaten der britischen und amerikanischen Besatzungsarmee vor, die in längerer Ausführung behaupteten, daß „ihr ganzes Glück die Volkdemokratie sei“.

Nach einer amtlichen amerikanischen Verlautbarung handelt es sich bei dem amerikanischen Fahnenflüchtigen um einen Soldaten, der nach drei Kriegsverfahren wegen schlechter Führung entlassen werden sollte.

Demontage kostete in Hessen 115,4 Millionen

Wiesbaden (dpa). Der Wert der in Hessen demontierten Betriebe beträgt nach einer Mitteilung des hessischen Innenministeriums über 115,4 Millionen Mark.

DGB für Befähigungsnachweis

Bonn (EB). Der Deutsche Gewerkschaftsbund vertritt in einem Schreiben an die Bundesregierung zum Problem der Gewerbefreiheit die Auffassung, daß zur Ausübung eines Handwerks der Befähigungsnachweis erbracht werden müsse.

200 Millionen für Berlin ungedeckt

Bonn (EB). Von den 500 Millionen Zuschußbedarf für Berlin sind, wie wir aus Kreisen des Finanzministeriums erfahren, nur erst 300 Millionen DM im ordentlichen Haushalt gedeckt.



Wer wiegt schwerer? Bundesfinanzminister Dr. Schäffer: „Meinen Posten werde ich nicht zur Verfügung stellen, auch wenn dies von den Ausgebombten und Flüchtlingen hundertmal verlangt wird.“

Kurzmeldungen

Ergebnisse des Vermisstensuchdienstes

Aachen. Die ersten Ergebnisse des Vermisstensuchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes nach dem „Ostvermisstenplan“ werden voraussichtlich noch vor Weihnachten vorliegen.

nach Großbritannien und nach den britischen Kolonien für die Zeit bis zum 1. Oktober 1950 bewilligt hat.

Kein Einspruch gegen höhere Prämien

Bonn. Die alliierte Hohe Kommission wird, wie dpa am Freitag erfährt, gegen die beschlossene Erhöhung der Prämien in der Kraftfahrzeugversicherung kein Veto einlegen.

Böckler auf dem Wege der Besserung

Düsseldorf. Der Gesundheitszustand des DGB-Vorsitzenden Dr. h. c. Hans Böckler, der sich zur Zeit in einem Sanatorium in Wiesbaden aufhält, hat sich weiter gebessert.

Feuerschutz überwindet Grenzen

Säckingen. Die Feuerwehren der deutschen und schweizerischen Grenzorte am Oberrhein können mit ihren Fahrzeugen und Bedienungsmannschaften die Landesgrenze ohne Paßformalitäten passieren.

Reisedevisen für Großbritannien bewilligt

London. Das britische Schatzamt gab am Samstag bekannt, daß die deutsche Bundesregierung mit sofortiger Wirkung 300 000 Pfund Sterling, etwa vier Millionen DM, für Reisen von der Bundesrepublik

„Bundesstelle für Auswanderungswesen“

Bonn. Das ständige Sekretariat für das Auswanderungswesen in Bremen ist mit Wirkung vom 1. August in eine „Bundesstelle für das Auswanderungswesen“ umgewandelt worden.

Comisco lehnt Spanien-Anleihe ab

London (dpa). Die Internationale Sozialistische Konferenz (Comisco), der Zusammenschluß von 33 westlichen sozialistischen Parteien, hat gestern gegen den Beschluß des USA-Senats protestiert, Spanien eine Anleihe von hundert Millionen Dollar aus ECA-Mitteln zu geben.

Baudouin wird vereidigt

Brüssel (dpa). Der belgische Kronprinz Baudouin wird voraussichtlich am Donnerstag kommender Woche auf seine neue Pflichten als belgisches Staatsoberhaupt vereidigt werden.

## Zwischen Illusion und Wirklichkeit

Starke Tatsachen  
bezwingen schwache Wunschträume

Es hieße die Augen vor einer Tatsache verschließen, wenn man den Defaitismus, der sich angesichts der Entwicklung in Korea in gefährlichem Maße ausbreitet, nicht registrieren würde. Die Gefahr besteht darin, daß derjenige, der den Glauben an sich selbst verlor, so oder so dem Untergang geweiht ist.

Man kann aber von Menschen, denen es bisher schon, mit Verlaub gesagt, dreckig ging und die nun machtlos zusehen müssen, wie die Preise für die notwendigsten Dinge ihres primitiven Lebens weiter in die Höhe klettern, nicht gut einen bedingungslosen Glauben an eine rosigere Zukunft unter derselben Regierung verlangen. Geduld ist eine schöne Tugend, wie Idealismus und soziale Disziplin. Die Arbeitnehmer haben sie in den schweren Jahren nach dem Zusammenbruch reichlich bewiesen. Wenn aber dem Bundeswirtschafts- und dem Bundesfinanzminister nichts anderes einfällt, als immer nur hierzu zu ermahnen — wohlgerichtet immer nur die eine Seite, die Arbeitnehmer — während sie gleichzeitig von einer Wirtschaftskonjunktur sprechen, die angeblich einen solchen Aufschwung genommen habe, daß bereits vielerorts ein großer Mangel an Arbeitskräften befürchtet würde, so ist sie entweder Unfähigkeit oder böser Wille. Professor Erhard behauptete auf einer Pressekonferenz in Bonn, die Betriebsräte seien daran schuld, wenn die infolge seiner Politik auf Hochtouren laufenden Betriebe keine Neueinstellungen vornehmen. Die „Freiheit“ in Mainz schreibt hierzu:

Abgesehen von der Beleidigung, die darin für die Gewerkschaften enthalten ist, ist dieser Taschenrechnertrick sehr plump. Glaubt Herr Erhard wirklich, daß die Arbeiter, wie er behauptet, freiwillig 51 und mehr Stunden in der Woche arbeiten, anstatt sich mit 48 Stunden zufrieden zu geben und dafür einige Neueinstellungen zu ermöglichen, wenn sie nicht in den meisten Fällen durch die bittere Not dazu gezwungen würden? Es ist doch nur die enorme Höhe der Lebenshaltungskosten, die die Leute versuchen läßt, zu ihrem normalen Hungerlohn noch einige Pfennige hinzuzuverdienen. Und wessen planlose Wirtschaft hieran die Schuld trägt, braucht nicht besonders angeprangert werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat dem Bundeswirtschaftsminister selbst die richtige Antwort erteilt (siehe Mittwoch-Ausgabe der AZ).

### Die Geduld hat ihre Grenze

Wenn nun aber etwa zur gleichen Zeit die Arbeitgeberverbände neue Richtlinien zur Führung von Arbeitskämpfen erlassen haben, in denen u. a. die Auffassung vertreten wird, daß ein Streik ohne Einhaltung der Kündigungsfrist ein Unternehmen zur fristlosen Entlassung der streikenden Betriebsangehörigen berechtigt, so zeigt dies zumindest einen sinngemäßen Zusammenhang zwischen den Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers und den Richtlinien der Unternehmerverbände. Die „Hannoversche Presse“ bemerkt hierzu:

Wenn das Gefüge der Volkswirtschaft durch Preissteigerung aus dem Gleichgewicht zu geraten droht, ist es immer der gleiche der beiden Sozialpartner, der aufgefordert wird, stillzuhalten und sich nicht nach dem Brotkorb zu recken, den man ihm höher gehängt hat.

Im Dezember 1948 war es die Stabilität der Währung, heute ist es die Exportchance, deren notwendige Erhaltung als Begründung angeführt wird. Jedoch wenn die kritische Situation, die durch die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung entstand, infolge der loyalen Haltung\* der Arbeitnehmerschaft überwunden war, wurde deren Leistung vergessen, und man steuerte den alten Kurs weiter, der auf den bewährtesten disziplinierten Arbeitnehmer keine Rücksicht nimmt und Herrn Erhard schon in früheren Zeiten den Beinamen „der Industrieminister“ eingetragen hat. (Womit nicht gesagt sein soll, daß der Handel nicht mit im Bunde ist!)

Es scheint, daß man nicht nur im Bonner Wirtschaftsministerium mit der Langmut der Arbeitnehmer als einem gegebenen Faktor rechnet, sondern daß die Arbeitgeber glauben, mit ihrer Entlassungsdrohung bei Streiks den anderen Sozialpartner einschüchtern zu können.

Diese Auffassung ist bedenklich, denn die Geduld einer großen sozialen Gruppe läßt sich immer nur bis zu einer gewissen Grenze ausnutzen.

Man wird also höheren Orts und auf der Unternehmenseite umstellen müssen. Je eher, desto besser. Denn solange nicht der notwendige soziale Ausgleich in der Bundesrepublik geschaffen ist, ist auch nicht die Anfälligkeit gegenüber falschen Ideologien behoben.

Um aber auf den Defaitismus, von dem eingangs die Rede war, zurückzukommen: Er zeigt sich nicht etwa nur bei „kleinen Leuten“, wo er eigentlich besser Gleichgültigkeit genannt werden müßte, sondern auch bei einer gewissen Intelligenzschicht, bei der er sich als sogenannte Vorsichtsklausel in der Kalkulation über die Zukunft breitmacht. Die Herren werden sich jedoch verrechnen. In der geistigen Atmosphäre, in der wir heute leben, kann nur eine klare Stellungnahme vor dem Untergang retten.

Freilich wollen allzuvielen der maßgebenden Herren nicht begreifen, daß die Zeiten des Feudal-Kapitalismus endgültig vorbei sind und daß sich die Arbeitnehmerschaft nicht mehr von einer realen und umfassenden Mitbestimmung in allen sie betreffenden Lebensfragen ausschließen läßt. Wer genauer beobachtet und seine tieferen Schlüsse aus dem Geschehen zieht, wird finden, daß wir mitten in einem geistigen Umwandlungsprozeß begriffen sind, der seinen Anfang in der französischen Revolution nahm und dessen Gewalt in gewissem Sinne mit den Kämpfen des ausgehenden Mittelalters zu vergleichen ist. Amerika kommt als dem mächtigsten Siegerstaat des zweiten Weltkrieges eine bedeutende Rolle darin zu. Aber, schreibt die Züricher Wochenzeitung „Die Weltwoche“, ebenso wenig wie in Japan ist es im allgemeinen den Exponenten des amerikanischen Way of Life in Europa gelungen, eine geistige Ausweitung ihrer Machtsphäre zu schaffen. Die Reduktion in den ehemals faschistischen Ländern ist — darüber muß man sich allmählich klar werden — überall ein fast kompletter Mißerfolg gewesen. Die Demokratie funktioniert nicht nur in Ländern wie Italien, sondern selbst in Frankreich höchstens als Spielregel, nirgends aber als lebendige Kraft, für die die Völker zu leben und gar zu sterben bereit sind.

Ganz ähnliche Erscheinungen erleben wir in Südamerika, wo Peron viel mehr Kräfte aus den Ideen des lateinischen Katholizismus und des spanischen Faschismus bezieht, als etwa aus der ideologischen Welt von Washington.

Mag man diese Feststellungen bedauerlich finden — vielleicht sind sie es auch tatsächlich, denn es wäre wahrscheinlich schöner und bestimmt einfacher gewesen, wenn man einfach dort hätte fortbauen können, wo man Ende des 19. Jahrhunderts die französische Revolution geistig abschloß. Aber es nützt nichts, sich diesen Wunschträumen hinzugeben, denn die Tatsachen sind eben stärker als alle Wunschträume — und gegen die Tatsachen können keine Wunschträume aufkommen. Praktisch helfen kann nur die Akzeptierung der Tatsachen und die Bereitschaft, aus ihnen die nötigen Lehren zu ziehen.



REEMTSMA  
HAMBURG

American Blend - extrem mild?

Die großen Tabakfachleute Amerikas betrachten es seit jeher als ihr schwierigstes Problem, eine American-Blend-Cigarette zu schaffen, die extrem mild ist und bei aller Fülle des Aromas den Raucher weder belastet noch ermüdet.

Das war eine Aufgabe, die genau in unsere Tradition paßt.

Der Fortschritt gelang durch die Entdeckung der methodischen Doppelmischung.



*Doppelmischung  
auf Piedmont-Basis*

Eine sich daraus aufzwingende Umstellung ist sicher für die meisten von uns schwer und unangenehm. Aber man wird darum auf keinen Fall herumkommen. Auch wäre es falsch und gefährlich, aus der Akzeptierung der Tatsachen schon den Schluß zu ziehen, die Lage sei nun für Europa verloren. Sie ist, das darf man sich nicht verhehlen, bestimmt gefährlich, aber die Möglichkeit zu einer Rettung bleibt nach wie vor in unseren Händen, wenn wir nur den Mut und die Entschlossenheit haben, für unser Schicksal zu kämpfen. Die Griechen haben auf unserer Seite genau wie die Koreaner auf der anderen Seite gezeigt, daß es auch im modernen Krieg noch ganz andere Faktoren gibt als nur diejenigen der reinen Macht. Ähnliches haben wir beim Kampf um Berlin erlebt, wo allein schon die Entschlossenheit und Einsatzbereitschaft echten Kämpfertums genügt hat, um die Stadt vor einem Schicksal zu retten, das vielen unvermeidlich schien.

Es ist sicher auch heute in Europa noch Zeit, eine solche Kampf- und Schicksalsgemeinschaft zu schaffen, die allen Angriffen des Ostens gewachsen sein wird, wenn sich nur in den einzelnen der Mut, die Einsicht und die Entschlossenheit finden, die zur Aufnahme eines solchen Kampfes notwendig sind.

Nur ist es notwendig, daß hier wie in Asien die Zusammenarbeit mit Amerika auf eine neue Basis gestellt wird. Wir verdanken alle den Amerikanern ungeheuer viel, wir verdanken ihnen die Befreiung von Hitler, wir verdanken ihnen die Errettung aus Not und Chaos, die nach 1945 ganz Europa kaum minder gefährlich bedrohten als die russischen Armeen im Osten. Nichts wäre falscher und gefährlicher, aus der Feststellung, daß sich unsere Beziehungen zu Amerika irgendwie geän-

dert haben, auch schon den Schluß zu ziehen, Europa brauche die amerikanische Hilfe nicht mehr — es braucht im Gegenteil diese Hilfe dringend, ja vielleicht dringender als je zuvor. Nur die Form der Zusammenarbeit muß sich ändern, sie muß eine neue und viel lebendigere werden, sie muß eine echte Zusammenarbeit zwischen Verbündeten werden, wo jeder für sich selbst kämpft und zugleich für alle.

Was aber verhängnisvoll werden müßte, das wäre ein einfaches Abstellen auf Amerika und die Atombombe, denn die Atombombe und der Glaube an ihre Schutzkraft drohte eine Zeitlang nicht nur für Europa, sondern auch für Amerika selber zu einer Art von Magnolinienvorstellung zu werden, und der größte Dienst, den vielleicht die Koreaner dem Westen leisten konnten, war, daß sie diese gefährliche Illusion wohl für immer zerstört haben.

Die Aufrüstung darf nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Für uns Deutsche schon gar nicht, wenn sich auch der alte Deutschenhasser Lord Vansittard im englischen Oberhaus dafür einsetzte, obwohl er noch die Meinung vertritt, daß eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands sehr gefährlich ist, wenn sie nicht in engen Grenzen gehalten wird. Na schön. Für die Wiederaufrüstung lassen wir die engen Grenzen gerne gelten. Aber die Barrieren, die man vor unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau und damit vor unseren inneren Frieden stellte, sollte man endlich wegnehmen. Wir gehen mit Maurice Schuman einig, der in der Zeitung L'Aube schrieb: „Es ist unmöglich, eine wirksame und gesunde Verteidigung zu errichten, sofern nicht den Völkern, die die Ausgaben für diese Verteidigung zu tragen haben, ein gewisser Grad des Wohlstandes gesichert wird.“ HGS.

